

INHALT

1. Sondernewsletter zum Fall Wende

04.09.2014

Sondernewsletter zum Fall Wende

Unterstützung der Regierungsfractionen für Kurs von Ministerpräsident Albig reine Pflichtübung



Oppositionsleiter Johannes Callsen

Wie erwartet haben SPD, Grüne und SSW in der heutigen Sondersitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages die von CDU und FDP geforderte Entlassung der Bildungsministerin Professor Waltraud Wende sowie die Missbilligung verschiedener Äußerungen von Ministerpräsident Torsten Albig abgelehnt.

Überraschend war allerdings, dass die drei Vorsitzenden der Regierungsfractionen Absetzungsbewegungen zum Kurs des Ministerpräsidenten erkennen ließen.

So stellte sich kein Redner hinter die Ankündigung des Ministerpräsidenten, auch im Falle einer Klageerhebung an der Ministerin festzuhalten. Vielmehr hieß es, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen „sien abzuwarten“. Bemerkenswert auch, dass SPD, Grüne und SSW zwar durchgehend die eigene Bildungspolitik lobten, die von der Ministerin umgesetzt würde. So weit, ihr uneingeschränkte Handlungsfähigkeit zu bescheinigen, ging jedoch kein Redner der Regierungsfractionen. Den Vorwurf der Lüge an Ministerpräsident Torsten Albig wiesen alle zurück – dieser hatte behauptet, Wende habe am Beschluss des Präsidiums der Universität Flensburg über ihr Rückkehrrecht „nicht mitgewirkt“. Begründet wurde dies allerdings von allen Rednern der Regierung und auch dem Ministerpräsidenten selbst damit, dass Albig gemeint habe, sie habe an der formellen Beschlussfassung im Gremium nicht mitgewirkt.

„Nach dem, was wir aus den Akten wissen, hat es überhaupt keinen formellen Beschluss

gegeben. Spätestens damit ist deshalb der Lügenvorwurf belegt“, konterte CDU-Hochschulpolitiker Daniel Günther in einem Drei-Minuten Beitrag.

Den Auftakt zur Debatte hatte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen gemacht. Er stellte klar, um welche Fragen es ging:

1. Darf eine offensichtlich handlungsunfähige Bildungsministerin im Amt bleiben?
2. Dürfen Minister, darf ein Ministerpräsident, regierungsamtlich feststellen, dass eine Staatsanwaltschaft zu Unrecht ermittelt?
3. Darf ein Ministerpräsident, darf eine Ministerin in Kenntnis der eindeutigen Aktenlage die Unwahrheit sagen und damit lügen?
4. Darf ein Ministerpräsident die Opposition und von ihrem Grundrecht Gebrauch machende Demonstranten erniedrigen und verunglimpfen?

„Ich hoffe wirklich, dass Sie in der heutigen Debatte mehr zu bieten haben, als in den letzten Tagen. Denn tatsächlich geht es um diese vier zentrale Fragen, über die Sie sich beharrlich weigern, zu sprechen“, erklärte er.

Alle drei Redner der Regierungsfractionen versuchten, von diesen Fragestellungen abzulenken. Unisono erklärten sie, CDU und FDP ginge es nur darum, von der „guten Bildungspolitik“ der Koalition abzulenken.

Auffällig war auch, dass die Redebeiträge der Regierungsfractionen sich auf das Minimum beschränkten. Nach der Rede des Ministerpräsidenten ging kein Mitglied der Regierungsfractionen mehr ans Rednerpult, um diesen zu verteidigen, obwohl für die CDU Fraktionschef Johannes Callsen, Daniel Günther und Heike Franzen die Vorwürfe noch einmal untermauerten.

„Für seine Absicht, an Bildungsministerin Wende auch im Fall einer Anklage festhalten zu wollen, gab es heute keine Unterstützung. Kein Redner der Koalition hat die Feststellung entkräftet, dass die Bildungsministerin handlungsunfähig ist. Und auch im Hinblick auf die von uns missbilligten Zitate des Ministerpräsidenten war die Verteidigung mehr als dünn. Nach der Rede des Ministerpräsidenten war niemand aus den Regierungsfractionen mehr bereit, zu dessen Verteidigung ans Rednerpult zu gehen. Das passt dazu, dass diese Koalition nicht einmal die Kraft hatte, sich mit einem eigenen Antrag klar hinter den Ministerpräsidenten und Frau Wende zu stellen. Weniger Rückhalt aus den Regierungsfractionen ist für einen Ministerpräsidenten kaum möglich“, war denn auch Callsens Fazit der Debatte.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de